



Kulturausschuß  
11. Sitzung

05.11.1986  
ni-ro

### Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der stellv. Vorsitzende bekannt, für die SPD-Fraktion gehörten dem Kulturausschuß zukünftig an Stelle der ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Dammeyer und Büssow die Herren Mayer (Düsseldorf) und Walsken an.

Kultusminister Schwier entschuldigt die Abwesenheit des Staatssekretärs mit Verpflichtungen in anderen, gleichzeitig tagenden Ausschüssen und stellt als neue Mitarbeiterin im Kultusministerium mit den Zuständigkeiten Film und Musik Frau Schmidt-Hofmann vor.

Der Vorsitzende gibt zur Kenntnis, daß inzwischen ein Schreiben des Präsidenten als Antwort auf den von Dr. Beckel im Auftrag der CDU und SPD-Fraktion verfaßten Brief, in dem Dr. Beckel Mißfallen darüber geäußert habe, daß ein für den Kulturausschuß wichtiges Thema in einer Plenarsitzung während reisebedingter Abwesenheit der Ausschußmitglieder behandelt worden sei, eingegangen sei. Darin heiße es, daß die Problematik in der nächsten Ältestenratssitzung behandelt werde.

### Zu 1: Aktuelle Viertelstunde

Frau Abg. Matthäus (CDU) bittet den Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr um einen Sachstandsbericht zu dem Thema:

"Förderung von Bauvorhaben privater Theater".

Soweit die Förderung privater Theater mit Stadterneuerungsmitteln gemeint sei, könne er, Gruppenleiter Lampe (Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr), mitteilen, daß solche Vorhaben nicht bezuschußt würden. Offensichtlich spreche Frau Abg. Matthäus das sich in Vorbereitung befindende Stadterneuerungsprogramm 1987 und in diesem Zusammenhang die Förderung einer Mehrzweckhalle in Bochum an.

Kulturausschuß  
11. Sitzung

05.11.1986  
ni-ro

Ein bestimmter Teil der Gelder des '87er Programmes werde für soziale und kulturelle Einrichtungen ausgeschüttet, so daß der jetzige Entwurf 94 Vorhaben dieser Art enthalte, die mit den insgesamt zur Verfügung stehenden 210 Millionen DM unterstützt werden wollten. 51 der Maßnahmen fielen in die Kategorie "örtliche Begegnungstätten", 32 bezögen sich auf sonstige soziale und kulturelle Einrichtungen wie Bibliotheken, Museen, Musikschulen und Archive und 11 auf Stadt- und Mehrzweckhallen. Von den zusammen 94 Projekten beträfen 48 die Umnutzung von zur Zeit leerstehenden Denkmälern. Die Stadt- und Mehrzweckhallen müßten als Neubauten errichtet werden und würden dann mit 50 % bezuschußt, während die Förderung besonders der Umnutzungen bei 70 bis 80 % liege, um auch hier die Prioritäten deutlich aufzuzeigen.

In Ermangelung einer einheitlichen Definition dessen, was unter "Stadthalle" zu verstehen sei, gelte, daß es sich um Einrichtungen mit räumlichen Angeboten zur Aufführung verschiedenster Dinge handele. Es sei nicht Aufgabe des Ministeriums, vorab eine Wertung in diesem Bereich vorzunehmen.

Etwas anderes ergebe sich allerdings, solle eine solche Mehrzweckhalle - wie u. U. in Bochum - dauerhaft für nur ein Projekt genutzt werden - in diesem Falle zur Aufführung eines Musicals. Aus diesem Grunde habe man in Schreiben an die Stadt Bochum deutlich gemacht, unter welchen Bedingungen die Mittel hinfällig würden oder zurückgezahlt werden müßten, nämlich wenn

- die Zeit, während der die Halle für die Aufführung eines kommerziellen Musicals in Anspruch genommen werde, nicht von erkennbar untergeordneter Bedeutung in bezug auf die 25jährige Zweckbindungsfrist, der derartige Objekte unterlägen, bleibe, das heiße konkret: drei Jahre überschreite.

Des weiteren sei von seiten des Ministeriums darauf hingewiesen worden, daß

- die Stadt Bochum - ungeachtet des zwischen ihr und dem Veranstalter bestehenden Innenverhältnisses - den Zuschuß für den dem Musical zuzurechnenden Kostenanteil mit 6 % zu verzinsen habe; der Betrag werde für den Zeitraum von zwei Jahren bereits vorab einbehalten.

Ebenfalls habe man klargestellt, daß

- in der Mehrzweckhalle keinerlei Einrichtungen, die spezifisch der Aufführung dieses Musicals dienten, bezuschußt würden. Seines Wissens benötigten die Veranstalter eine Ausstattung im Werte von ca. 12 Millionen DM.

Ansonsten habe das Ministerium zum Ausdruck gebracht, daß

- ein Rückbau von der Musical- zu einer multifunktionalen Nutzung nicht Gegenstand der Förderung sein könne.

Kulturausschuß  
11. Sitzung

05.11.1986  
ni-ro

Die Stadt Bochum habe daraufhin unterstrichen, daß sie den Vorgaben des Ministeriums folgen wolle.

Frau Abg. Matthäus (CDU) wünscht einerseits dem Projekt mit Blick auf den Erfolg des Musicals "Cats" in Hamburg und Wien vollen Erfolg, da etwas Derartiges fester Bestandteil der Kulturlandschaft sein müsse, macht andererseits aber darauf aufmerksam, wie lange sie einstmals um einen Zuschuß für eine Probebühne für die Stadt Neuss gekämpft habe, welche Schwierigkeiten es nach wie vor bedeute, Landesmittel für Um- und Erweiterungsbauten für kommunale Theater zu bekommen und was die Besitzer privater Theater, die sich in einer sehr angespannten finanziellen Lage befänden und nicht wüßten, wie sie notwendige Erneuerungsmaßnahmen durchführen sollten, angesichts großer Zeitungsüberschriften mit dem Tenor "9,5 Millionen DM Zuschuß für Musical-Projekt Bochum" annehmen müßten. Verunsicherung und die Frage nach einer Wettbewerbsverzerrung griffen im Kreis anderer Theaterträger bei derart eklatanter Ungleichgewichtung um sich.

Konkret ansprechen wolle sie noch ein Projekt in Oberhausen: Dort solle ein nicht mehr funktionstüchtiges Hallenbad, dessen Wiederherstellung zu dem ursprünglichen Zweck mit zu hohen Kosten verbunden wäre, für Theater- und kommerzielle Veranstaltungen hergerichtet werden, doch würden Landeszuschüsse nur unter der ausdrücklichen Bedingung, jede kommerzielle Nutzung auszuschließen, gewährt.

Frau Abg. Robels (CDU) bestätigt, daß sehr viele Theaterträger - ob ihrer eigenen Finanzlage - für diese spektakuläre Finanzierung eines einzigen Projekts kein Verständnis gezeigt hätten und durch das Vorhaben auch die Abgeordneten in ihrer Funktion als Kulturpolitiker in Erklärungsschwierigkeiten gebracht worden seien.

Erstaunen habe bei ihr ausgelöst, daß der Minister den Beschluß am Kulturausschuß vorbei gefällt habe. Für die Zukunft sähe sie es gern, bekäme der Ausschuß bei solchen seinen Bereich betreffenden Projekten die Möglichkeit zur Beratung.

Gruppenleiter Lampe führt ergänzend aus, bei der Bezuschussung der Bochumer Mehrzweckhalle handele es sich nicht um eine spezifische Theaterförderung: Gefördert würden vielmehr - durch Neubau oder Umrüstung - Einrichtungen, die ein Raumangebot für die verschiedensten, nicht festgelegten Nutzungsmöglichkeiten schüfen. Die Inanspruchnahme durch das Privattheater erweise sich eher als unterstützungsschädlich, als daß sie in besonderem Maße für das Projekt spreche.

Kulturausschuß  
11. Sitzung

05.11.1986  
ni-ro

Generell solle die Verwendung - neben anderem - auch für Theateraufführungen nicht ausgeschlossen werden, doch soweit es die Privattheaterförderung an und für sich angehe, sei man als Städtebauministerium überfragt. Den Gemeinden und Städten würden durch Mehrzweckhallen Räumlichkeiten für vielfältige Anlässe zur Verfügung gestellt.

Bezüglich des Oberhausener Projekts stehe den Bemühungen der Stadt, das unter Denkmalschutz stehende Bad für den kulturellen und sozialen Bereich umzurüsten, nichts im Wege, und sie könnten Unterstützung erfahren. Die private Nutzung hingegen liege eher im kommerziellen Bereich außerhalb des Theaters, also ohne daß sich eine Verbindung zur kulturellen Nutzung ergebe. Daraus folge, daß das Vorhaben, soweit es sich um kommerzielle Inanspruchnahme handle, nicht Gegenstand der Landesförderung sein könne.

Abschließend weist Gruppenleiter Lampe darauf hin, die in den Entwurf des Stadterneuerungsprogrammes 1987 aufgenommenen Projekte seien den Fraktionen des Landtages mit der entsprechenden Nutzungsbeschreibung zur Kenntnis gegeben worden.

Der stellv. Vorsitzende sieht die Diskussion nicht als Ausgangspunkt einer Betrachtung über die Trennungslinien zwischen der den Kulturausschuß betreffenden Nutzung und rein städtebaulichen Angelegenheiten an, sondern begrüßt vielmehr die multifunktionale Inanspruchnahme.

Frau Abg. Robels (CDU) hält es für angebracht, wenn Vorhaben den Kulturausschuß so gravierend tangierten, nicht nur die Fraktionen, sondern auch diesen zu unterrichten. - Gruppenleiter Lampe stimmt dem Verfahrensvorschlag zu.

Zu 2: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1987 (Haushaltsgesetz 1987)

a) Einzelplan 05 - Kultusminister  
(Kulturhaushalt)

---

#### Kap. 05 030 - Allgemeine überregionale Finanzierungen

Abg. Dr. Gerritz (SPD) erinnert an die letztjährigen Haushaltsberatungen, während deren Verlauf angeregt worden sei, für eine stärkere Präsentation der Stiftung "Preußischer Kulturbesitz" in Nordrhein-Westfalen als Äquivalent für die jährlich zugewiesenen 12 500 000 DM (Tit. 685 30 - Anteiliger Zuschuß des Landes für die Stiftung "Preußischer Kulturbesitz") Sorge zu tragen. Ohne die Verdienste Schloß Cappenbergs und Bonns als ständige Ausstellungsorte schmälern zu wollen, trete doch die Bedeutung des Gezeigten nur sehr selten ins Bewußtsein der Öffentlichkeit.

Kulturausschuß  
11. Sitzung

05.11.1986  
ni-ro

Sowohl der frühere Staatssekretär Kleiner als auch der Präsident der Stiftung, Professor Knopp, hätten anlässlich des Berlin-Besuchs des Kulturausschusses vor einem Jahr zugesagt, sich des Themas anzunehmen. Da trotzdem noch keine Veränderungen sichtbar würden, bitte er den Kultusminister zu berichten, ob es insofern Umorientierungsabsichten gebe.

Minister Schwier weist darauf hin, die Stiftung sei ausgerechnet an demselben Tage, an dem Nordrhein-Westfalen selbst seinen 40. Geburtstag gefeiert habe, 25 Jahre alt geworden, was sonst selbstverständlich Anlaß gewesen wäre, die Feier des "Preußischen Kulturbesitzes" mit einer starken Delegation zu besuchen.

Durchschnittlich finde zur Zeit einmal monatlich eine Ausstellung der Stiftung in Nordrhein-Westfalen statt, wobei Cappenberg und Bonn eine besondere Rolle zukomme. Insgesamt könne man also erhebliche Verbesserungen verzeichnen, obwohl die Bemühungen u. U. noch nicht in der Weise sichtbar würden, wie es vielleicht sein sollte. Er, Minister Schwier, beabsichtige, über dieses Thema ein Gespräch mit Kulturjournalisten zu führen, um deutlich werden zu lassen, daß es sich nicht nur um den Verkehr zwischen zwei Museen handele, sondern zwischen dem Preußischen Kulturbesitz und einem seiner Nachfolger, nämlich Nordrhein-Westfalen.

Der stellv. Vorsitzende fügt ergänzend hinzu, in einem der Berlinreise folgenden Gespräch mit Professor Knopp habe er vorgeschlagen, den ländlichen Raum stärker einzubeziehen. Als Ausfluß dieser Unterredung sei im letzten Monat eine Ausstellung mit dem Thema "Der Kreisauer Kreis" in Detmold präsentiert worden.

Frau Abg. Matthäus (CDU) wünscht, den vor längerer Zeit eingebrachten Gedanken, zur Eröffnung des neuen Landtags eine interessante Ausstellung vorzubereiten, im Auge zu behalten.

Darüber hinausgehend fordert Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.) den Minister auf, baldmöglichst ein mittelfristiges Konzept, wie dem Bürger die Stiftung nahegebracht werden solle, vorzulegen.

Frau Abg. Robels (CDU) macht am Beispiel der Tutenchamun-Ausstellung deutlich, welch großes Interesse die Menschen in Nordrhein-Westfalen auch alter Kultur entgegenbrächten, und regt an, die während der Berlinreise entstandene Idee, einmal etwas Spektakuläres nach Nordrhein-Westfalen zu holen, weiterzuverfolgen, wozu sie auch ihren - damals belächelten - Vorschlag, die "Nofretete" in einer Ausstellung in Nordrhein-Westfalen zu zeigen, rechne.

Kulturausschuß  
11. Sitzung

05.11.1986  
ni-ro

Kap. 05 610 - Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen

Im Zusammenhang mit diesem Kapitel und Bezug nehmend auf einen in Paderborn zu restaurierenden Barockaltar trägt Frau Abg. Matthäus (CDU) vor, nach ihren Informationen ständen sowohl die Vorbereitungen mit dem Landschaftsverband Rheinland als auch die Bemühungen der Stadt und einer ganzen Reihe von Bürgerinitiativen vor dem Abschluß und man warte nur darauf, vom Land durch Zurverfügungstellung entsprechender Mittel den Startschuß zu vernehmen.

Ministerialdirigent Kral (Kultusministerium) berichtet, Gespräche mit den Vertretern vor Ort und der Kirche hätten ergeben, nicht etwas Neues zu schaffen, sondern den alten Altar wiederherzustellen. Die grundsätzliche Einigung zwischen den Beteiligten - dem Land, der Stadt, den Bürgern und der Kirche - über die Kostentragung sei erfolgt, allerdings verfüge niemand der Genannten über die notwendigen Summen, um mit der Restaurierung beginnen zu können. Angesichts der Priorität und der momentanen Haushaltslage habe sich auch das Land nicht in der Lage gesehen, schon in diesem Jahr Gelder einzusetzen.

Kap. 05 760 - Bibliothekswesen

Wenn er sich, so Abg. Dr. Gerritz (SPD), recht erinnere, habe sich der Kultusminister im letzten Jahr dem Finanzminister gegenüber durchsetzen können und 1 Million DM zusätzlicher Bibliotheksmittel bereits in den Etatentwurf eingebracht. In den Jahren zuvor hätten die Fraktionen gemeinsam für eine Aufstockung um 400 000 DM bzw. 500 000 DM gesorgt.

Die Kulturausschußmitglieder seien sich seiner Ansicht nach darüber einig, daß die Situation, die mit der Kürzung der Bibliotheksmittel um 75 % zu Beginn der 80er Jahre entstanden sei, bereinigt werden müsse. Im SPD-Arbeitskreis bestehe die Absicht, die Gesamtfraktion zu bitten, nicht nur Tit. 653 60 - Sonstige Zuweisungen an Gemeinden -, sondern die ganze Titelgruppe 60 aufzustocken, um die Möglichkeit, auch den Krankenhaus- und kirchlichen Bibliotheken etwas zukommen zu lassen, wiederzueröffnen.

Kulturausschuß  
11. Sitzung

05.11.1986  
ni-ro

Kap. 05 820 - Förderung der Museen, der Musik, der bildenden Kunst und des Schrifttums

Abg. Dr. Gerritz (SPD) fordert den Minister auf, im Haushaltsentwurf '88 den Förderpreis des Landes Nordrhein-Westfalen für junge Künstler (Tit. 539 10) von jetzt je 6 000 auf 10 000 DM zu erhöhen, um die seit rd. 15 Jahren gewährte Auszeichnung den heutigen finanziellen Bedürfnissen anzupassen.

Als Vorbild führt der Redner den nunmehr erstmalig vergebenen und auf Anrieb mit 10 000 DM dotierten Literaturpreis des Literaturbüros Ruhrgebiet an.

Der Minister weist auf das bisherige Ziel, den Empfängerkreis zu verbreitern, hin, stimmt Abg. Dr. Gerritz aber insofern zu, als die Relationen nicht mehr stimmten.

Abg. Dr. Gerritz (SPD) gibt zu bedenken, durch die Installation des Rockbüros und die Ausrichtung der Veranstaltung "Kultur 90" kämen speziell auf das Wuppertaler Kultursekretariat (Tit. 653 10 - Zuweisungen an Gemeinden zur Förderung von Einrichtungen zur Organisation überörtlicher kultureller Zusammenarbeit) große Aufgaben zu.

Der SPD-Arbeitskreis halte das Bemühen von 28 Kommunen, sich mit dem Kulturgesehen der 90er Jahre auseinanderzusetzen, für so bedeutungsvoll, daß es rechtfertige, die Position zu erhöhen, zumal nicht alle beteiligten Gemeinden - wegen ihrer spezifisch ausgerichteten Themen - mit flankierender Unterstützung aus anderen Ministerien rechnen könnten.

Frau Abg. Robels (CDU) würde es begrüßen, gelänge es, Mittel für das Kultursekretariat Wuppertal und damit für das Rockbüro zu bekommen. Allerdings bedürfte es dann - nach den im Plenum zu diesem Thema entstandenen Irritationen - einer Diskussion im Ausschuß über die Arbeit eines solchen Büros.

Abg. Stallmann (CDU) wünscht Auskunft, ob es richtig sei, daß die Ausstellung "Der Rhein" mangels der erforderlichen finanziellen Mittel nicht stattfinden solle und wenn ja, was mit dem im Haushalt veranschlagten Zuschuß von 300 000 DM zu tun beabsichtigt sei (Tit. 653 30 - Zuweisung an die Stadt Düsseldorf für die Ausstellung "Der Rhein").

Nachdem dem Ministerium Entsprechendes bekanntgeworden sei, so MDgt Kral, habe man mit der Stadt Düsseldorf Verbindung aufgenommen und erfahren, daß sich die Kostensituation der Stadt in bezug auf das Projekt zwar nicht verändert habe, jedoch ein wenig ihre Eigenfinanzierungssituation.

Kulturausschuß  
11. Sitzung

05.11.1986  
ni-ro

Da schon mehrere Millionen DM zur Vorbereitung aufgewandt worden seien, hätten die Vertreter der Stadtverwaltung verlauten lassen, eine Ausstellung werde aus ihrer Sicht nach dem jetzigen Erkenntnisstand auf jeden Fall - vielleicht in etwas geringerem Umfang - stattfinden, und gebeten, den Ansatz im Einzelplan 05 beizubehalten.

Das Ministerium sehe es als richtig an, auch bei einer etwas kleineren Ausstellung zu fördern, denn Thema, Ort und Gegenstand blieben ebenso unverändert wie auch der Wunsch der Abgeordneten, den Rhein umfassend darzustellen, weiterhin Berücksichtigung finde.

Auf die Frage des Abg. Mayer (Düsseldorf) (SPD), ob es - angesichts der Größenordnung des Projektes - vor dem Beschluß der Stadt Düsseldorf zu einer Absprache mit dem Land Nordrhein-Westfalen gekommen sei, erwidert MDgt Kral, seines Wissens habe die Stadt noch keine definitive Entscheidung gefällt. Von den dahin gehenden Überlegungen habe das Ministerium allerdings auch erst aus Zeitungsmeldungen erfahren.

Abg. Mayer (Düsseldorf) (SPD) wendet sich gegen die Art und Weise, in der die Kommunikation bezüglich der Ausstellung zwischen Ministerium und Stadt ablaufe, wobei der stellv. Vorsitzende den Vorwurf in diesem Falle an die Stadt gerichtet wissen möchte.

Im Zusammenhang mit Tit. 681 00 - Zur Gewährung von Ehrensold - spricht Frau Abg. Matthäus (CDU) den Fall eines heute 80jährigen, in Griechenland lebenden und 50 Jahre für Deutschland im Ausland tätig gewesen Mannes an, der sich u. a. durch den Aufbau des Goethe-Instituts in Thessaloniki verdient gemacht habe, jetzt aber, früher von niemandem auf die Notwendigkeit einer Rentenversicherung hingewiesen, mit 700 DM Rente auskommen müsse, ohne in Griechenland gegen Krankheit abgesichert zu sein und der gerne in die Bundesrepublik übersiedeln und hier in einem Altersheim wohnen würde, doch nicht allein von Sozialhilfe abhängig sein wolle.

MDgt Kral will sich der Sache annehmen und meint, Hilfsmöglichkeiten ständen zur Verfügung.

Abg. Dr. Gerritz (SPD) kündigt an, man werde versuchen, die Haushaltsposition 685 10 - Zuschüsse an Sonstige im Inland zur Förderung von Einrichtungen zur Organisation überörtlicher kultureller Zusammenarbeit - ein wenig auszufüllen, um der Kulturpolitischen Gesellschaft, die zwar eine bundesweite Organisa-